

### **DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona**

Hamburg, 28. Februar 2025

#### **Altona: GRÜNE und SPD entlarven Anti-Mietwucher-Initiative ihres Senats als Wahlkampfmanöver**

Der Schuss ging nach hinten los: SPD und GRÜNE machten sich während der Altonaer Bezirksversammlung über einen Antrag der Fraktion DIE LINKE lustig. In diesem Antrag wird ein wirksames Vorgehen des Bezirks gegen überhöhte Mieten und Mietwucher gefordert. SPD und GRÜNE übersahen dabei, dass einige Tage zuvor der Senat medienwirksam selbst eine Meldestelle gegen überhöhte Mieten „ab sofort“ angekündigt hatte. Originalzitat aus der Senatserklärung: „Mit dem Mietenmelder soll es Hamburger Mieterinnen und Mietern erleichtert werden, möglicherweise überhöhte Mieten direkt und digital an die zuständige Dienststelle zu melden.“

Dazu erklärt Karsten Strasser, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE: „Das ist schon peinlich, dass SPD und GRÜNE die Presseerklärungen ihres eigenen Senats nicht kennen. Darüber hinaus zeigt es aber auch, dass die Rot-Grüne Mehrheit die Sorgen der Menschen, die von Mietwucher und überhöhten Mieten betroffen sind, nicht wirklich ernst nimmt, zumal sie unseren Antrag abgelehnt hat.“

Worum es geht: Immer wieder nutzen Vermieter:innen die Notlage von Wohnungssuchenden aus, indem sie Mieten verlangen, die die gesetzlich festgelegten Obergrenzen übersteigen.

Juristisch handelt es sich dann um eine Mietpreis**überhöhung** und damit um eine Ordnungswidrigkeit.

Als Ordnungswidrigkeit gilt eine Miete, die 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Betroffene können sogar zu viel gezahlte Miete zurückfordern. Für die Verfolgung solcher Ordnungswidrigkeiten sind in Hamburg die Bezirksämter zuständig.

Der Haken: Die Bezirksämter müssen auch tätig werden **wollen**, doch das fällt diesen offenbar noch schwer. In den Jahren 2022 bis 2024 (Stand 12. November 2024) wurden in ganz Hamburg lediglich drei Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet: In Hamburg-Mitte zwei Verfahren, in Eimsbüttel ein Verfahren und in Altona kein einziges (Quelle: Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion in der Bürgerschaft, Drucksache 22/17335).

Karsten Strasser: „In unserem von Rot-Grün abgelehnten Antrag fordern wir das Bezirksamt Altona zudem auf, eine Aufklärungs- und Informationskampagne zum Thema Mietwucher zusammen mit den Mietervereinen auf den Weg zu bringen. Weiterhin müssen auch die damit beauftragten Stellen personell besser ausgestattet werden.“